

# Pressemitteilung

**20.06.2007** Pressestelle

Tel. 0711 904-10002

## **L 1197 Neckarquerung: Regierungspräsidium führt Erörterungsverhandlung durch**

 [Tagesordnung](#)

Das Regierungspräsidium Stuttgart wird am Mittwoch, 18. Juli 2007 (ab 09.00 Uhr), in der Schwabenlandhalle (Hölderlinsaal) in Fellbach die Erörterungsverhandlung für den geplanten Bau der L 1197 Neckarquerung durchführen. Bei Bedarf wird auch noch am Donnerstag, 19. Juli, weiter erörtert. Regierungspräsident Dr. Udo Andriof: „Wir werden Mitte Juli die rund 5.500 Einwendungen, die im Zuge der öffentlichen Auslegung der Antragsunterlagen bei uns eingegangen sind, eingehend mit den Betroffenen und allen Fachbehörden diskutieren.“ Dabei sei der Erörterungstermin ein zentraler Meilenstein im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens. „Wir wollen und werden uns ausreichend Zeit nehmen, um offen und fair alle vorgetragenen Belange zu verhandeln“, verspricht der Regierungspräsident.

Mit der Neubaumaßnahme sollen die Hauptverkehrsachsen beiderseits des Neckars verkehrswirksam miteinander verbunden werden. Ziel ist es, die Verbindung zwischen den Wirtschaftsräumen des Rems-Murr-Kreises und des Kreises Ludwigsburg zu verbessern und somit die Wirtschaftskraft der Region Stuttgart zu stärken. Darüber hinaus soll die Maßnahme zu einer wesentlichen Entlastung der derzeit problematischen Verkehrsverhältnisse in Neckarremis beitragen.

Von privater Seite wurden rund 5.500 Einwendungen gegen die Pläne vorgebracht. Schwerpunkte der privaten Einwendungen sind insbesondere die befürchtete verkehrliche Mehrbelastung mit einer Verkehrszunahme in den Bereichen Mühlhausen, Aldingen, Fellbach, Waiblingen, Kornwestheim und Ludwigsburg, der Lärmschutz, der Flächenverbrauch, Eingriffe in Grüngebiete, Naherholungsbereiche und landwirtschaftliche Flächen. Daneben wird geltend gemacht, dass es sich bei der geplanten Neckarquerung um kein eigenständiges Vorhaben, sondern um ein erstes Teilstück des Nordoststrings handle, diese Planung aber nicht genehmigungsfähig sei.

Die Stellungnahmen der angehörten Kommunen sind geteilt. Während die Stadt Remseck die Planung vom Grundsatz her begrüßt, wird das Vorhaben von den Kommunen Fellbach und Kornwestheim abgelehnt. Nach deren Sicht handelt es sich bei der geplanten Neckarquerung um die Vorstufe einer Bundesstraße, die nicht den Zielen des Generalverkehrsplanes des Landes entspricht und nur als Vorreiter für den Nordoststring fungiert. Die so genannte Variante „Remseck“ sei mit Blick auf Natur und Landschaft und die verkehrlichen Belastungen die bessere Lösung und zu Unrecht ausgeschieden worden. Das laufende Planfeststellungsverfahren sei daher einzustellen, die Planunterlagen umfassend zu überarbeiten.

Das Regierungspräsidium strukturiert den Ablauf des Erörterungstermins so, dass jeweils einzelne Themenkomplexe erörtert werden. Die Aufteilung nach Themenpunkten hat dabei auch für die Einwender den Vorteil, dass sie nicht über die gesamte Länge der Verhandlungsdauer anwesend sein müssen, sondern sich diejenigen Themenblöcke herausuchen können, bei denen die sie jeweils konkret interessierenden Belange besprochen werden. Das Regierungspräsidium wird in den kommenden Tagen noch eine Einladung mit der Tagesordnung sowie dem zeitlichen Ablauf der Erörterungsverhandlung öffentlich bekannt machen. Der weitere Fahrplan des Planfeststellungsverfahrens sieht vor, dass das Regierungspräsidium im Anschluss an den Erörterungstermin den gesamten Verhandlungsstoff auswerten, „Hausaufgaben“ aus dem Erörterungstermin aufarbeiten und nochmals alle für und gegen das Vorhaben sprechenden Gesichtspunkte gegenüberstellen wird, um so auf einer gesicherten Grundlage die Abwägungsentscheidung treffen zu können. Die Entscheidung soll Ende des Jahres ergehen.

Ansprechpartnerin:  
Monika Mayr

